

PROTEST IN EINER LEBENDIGEN DEMOKRATIE

„Argumente und Abstimmung sollen siegen, nicht die Macht von Traktoren oder Klebstoffen“

Ein Beitrag von Msgr. Prof. Dr. theol. habil. Peter Schallenberg

Ist die rechtsstaatliche Demokratie eine Gemeinschaft? Da unsere politische Staatsform der Demokratie sowohl dem Namen – „Herrschaft des Volkes“ im Unterschied etwa zur Aristokratie als Herrschaft des Adels oder zur Plutokratie als Herrschaft der Vermögenden oder gar zur Tyrannis als Herrschaft eines Alleinherrschers – als auch dem Verständnis nach auf die altgriechische, näherhin auf die athenische Demokratie zurückgeht, lautet die Antwort auf diese eingängige Frage uneingeschränkt: Ja!

Denn mit der Politik war in jener klassischen griechischen Zeit ab 480 v. Chr. eine bestimmte Philosophie verbunden, eine Anthropologie näherhin, also ein Verständnis vom Menschen als „Zoon politikon“, als eines politischen und sozialen Lebewesens, das sich im Unterschied zu anderen geselligen Lebewesen – etwa den Bienen oder Ameisen – durch gemeinschaftliche Ausrichtung auf gemeinschaftliche Güter auszeichnet, die mehr umfassen als die bloße Bedürfnisbefriedigung oder das bloße Überleben.

Daher unterscheidet die klassische griechische Philosophie auch zwischen bios (als langes Überleben) und zoé (als gutes und sinnerfülltes Leben). Zu diesen Gütern oder Zielen des Menschen gehören etwa Liebe, Wahrheit, Freiheit, Ehre, Gerechtigkeit, Persönlichkeitsentfaltung. Mit diesen grundlegenden Gütern – heute manchmal auch etwas verkürzt als Werte bezeichnet – sind zunächst und erstens grundlegende Rechte verbunden – das Recht auf Leben, auf Wahrheit, auf Eigentum, auf Ehe und Familie – und folgerichtig und zweitens auch grundlegende Pflichten (im Sinne staatsbürgerlicher, politischer Pflichten) gegenüber der sozialen und politischen Gemeinschaft.

Ein solcher Mensch wird dann verstanden als ein Lebewesen der Verantwortung nicht nur gegenüber den eigenen Interessen und Bedürfnissen, sondern auch und gerade gegenüber den nachfolgenden und zukünftigen Generationen, auch und sogar gegenüber den vorherigen und ehemaligen Generationen, deren Idealen



Foto: Flickr / Matthias Rabiller

er sich in der Gegenwart verpflichtet weiß. In dieser doppelten Sicht nach vorn, in die Zukunft zukünftiger Menschen, und zurück, in die Vergangenheit vergangener Menschen, weiß sich der Mensch (als Individuum) der Menschheit (als Gemeinschaft) verpflichtet: Es gibt eine Pflicht zu echter und wahrer Menschlichkeit, weil jeder Mensch Repräsentant der Menschheit ist und den Idealen einer solchen Menschheit verpflichtet ist. Mit anderen Worten: Ein solcher Mensch ist ein Lebewesen, das nicht einfach nach dem kurzfristigen Nutzen, sondern nach der langfristigen Wahrheit fragt, wie es die berühmte Frage des Pontius Pilatus an den gefesselten Jesus von Nazareth auf den Punkt bringt: „Was ist Wahrheit?“ (Joh 18,38).

Der jüdisch-christliche Begriff der Gottebenbildlichkeit, der in der Idee des Menschen als Bild und Statue Gottes nach altägyptischem Vorbild am Anfang der Bibel, im Buch Genesis (Gen 1,26), sich findet, bündelt übrigens in etwas anderer Weise gerade jene Einsicht in das

Der Sozialethiker kritisiert „radikalisierte Proteste“, warnt aber in der Tagespost davor, Landwirten pauschal eine „rechte Gesinnung“ zu unterstellen. Er fordert die Landwirte dazu auf, die Auseinandersetzung auf die parlamentarische Ebene zu heben.

Wesen des Menschen: „Der Begriff der Gottebenbildlichkeit des Menschen, der oft nur als erbauliche Metapher benutzt wird, gewinnt heute eine ungeahnt neue Bedeutung. Gottebenbildlichkeit, das heißt: Wahrheitsfähigkeit. (...) Die Persönlichkeit des Menschen steht und fällt mit seiner Wahrheitsfähigkeit.“

Wahrheit meint hier natürlich keine mathematische Wahrheit, sondern Wahrheit des eigenen Lebens und der eigenen Geschichte: Wahr ist nicht einfach das, was geschieht, sondern das, was geschehen kann (Potenzialität) und geschehen soll (Idealität). Wahr ist der Mensch, der in Zukunft möglich sein kann. Der Mensch ist Person und wird zeit seines Lebens zur Persönlichkeit, indem er seine in ihm >>

Quellen:
 Rainer Bernhardt, Der rastlose Sisyphos. Mentalität, Lebensideale und Politik bei den Griechen der Antike, Stuttgart 2023.
 Martin G. Weiß, Bios und Zoé. Die menschliche Natur im Zeichen ihrer technischen Reproduzierbarkeit, Frankfurt/M. 2009.
 Robert Spaemann, Die Vernünftigkeit des Glaubens an Gott, in: Ders., Der letzte Gottesbeweis, München 2007, München 2007, 9-32, hier 20.
 Theo Kobusch, Selbstwerdung und Persönlichkeit: Spätantike Philosophie und ihr Einfluß auf die Moderne, Tübingen 2018.

angelegte Persönlichkeit verwirklicht durch Taten der Gutheit und der sozialen Tugenden. Anders gesagt: Der Mensch ist nicht einfach er selbst von Natur aus, wie Biene oder Ameise, sondern er wird ein Selbst, und zwar durch die Geschichte: als individuelle Lebensgeschichte einerseits und als kollektive Menschheitsgeschichte andererseits. Das ist bis in die heutige westliche Welt der Moderne hinein das gültige Konzept vom Menschen als verantwortliches Gemeinschaftswesen. Diese grundlegenden Einsichten können und müssen freilich in die kleine Münze alltäglicher politischer Entscheidungen und Bewertungen eingewechselt werden. Dies verdeutlicht ein Blick auf die Rahmenbedingungen eines politischen Diskurses innerhalb der Demokratie in Deutschland, konkret: auf die Form öffentlicher Proteste.

„Man muss auch an die Landwirtschaft denken!“

Unvergessen ist dieser Satz aus der berühmten Benimmschule von Lorient aus den Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts als lakonische Antwort auf Klagen über einen zu nassen April und einen zu trockenen Mai. Das war von Vicco von Bülow nicht einfach absurd gemeint, denn in der Tat: Man muss tatsächlich an die Landwirtschaft denken, gerade in einer Zeit, in der nur noch maximal 2 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland in der Landwirtschaft beschäftigt sind – im Vergleich dazu waren es 1923 rund 38 Prozent – und ein Großteil der Lebensmittel aus dem Ausland importiert wird. Denn die Bauern haben keine allzu große Lobby mehr, im Vergleich etwa zur Industriearbeiterschaft oder zu Beschäftigten im öffentlichen Dienst, und um

die Landwirtschaft wird hierzulande kein großes Aufheben gemacht, im Unterschied etwa zu Österreich, der Schweiz oder Frankreich. Das ist falsch und gerade in Zeiten des Klimawandels und einer nachhaltigen Klimapolitik fatal, denn sorgfältige Landwirtschaft bedeutet bewusste Landschaftspflege und keineswegs einfach nur billige Massenproduktion von Nahrungsmitteln.

Im Gegenteil: Der manchmal ideologisch unterfütterte Gegensatz zwischen einer hinterwäldlerischen, konservativen Bauerschaft einerseits und einer modernen, grünen Generation junger (oder wenigstens junggebliebener) Ökosozialisten andererseits ist falsch und führt in die demokratische Sackgasse. Gerade, wer das Klima retten und nachhaltige Wirtschaften will, ist auf eine moderne und landschaftspflegende Landwirtschaft angewiesen und sorgt sich um das nur scheinbar unbegrenzt zur Verfügung stehende öffentliche Gut der Natur, des Klimas und auch der schonenden Produktion von Lebensmitteln. Daher sind Subventionen in der Landwirtschaft und für die Bauern sinnvoll und gut. Ob es der Agrar-Diesel sein muss, sei dahingestellt, und diese Subvention wird vermutlich schrittweise abgebaut, zugunsten etwa der Förderung von artgerechter Tierhaltung.

Und hier liegt der Hase im Pfeffer: Die sehr radikalisierte Form des Protestes der Bauern gegen die Streichung des Agrar-Diesels durch Blockaden und Störungen des öffentlichen Verkehrs ist deutlich unangemessen und weit überzogen, auch und gerade angesichts eines im Vergleich zu anderen europäischen Ländern grundsätzlich konsensorientierten Wirtschaftsmodells in Deutschland, auch wenn dieses Modell durch überzogene Streiks zunehmend in eine Schieflage gerät.

„Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie,“

nicht in einer Straßendemokratie!“

Und das heißt prinzipiell und für jede Lobby, auch für Klima-Kleber und „Fridays for Future“, im demokratischen Rechtsstaat:

Man protestiert, im wahrsten Sinne „zivilisiert“, also als cives, als Bürgerin und Bürger in der demokratisch verfassten Gemeinschaft, an der Wahlurne, in Form von regelmäßiger Bewertung der Parteien durch die mündigen Menschen bei Wahlen. Und man geht in die Auseinandersetzung mit Argumenten ins Parlament. Argumente und sodann Abstimmung sollen siegen, nicht die Macht von Traktoren oder Lastwagen oder Klebstoffen, auch nicht, außer im Fall größter Ungerechtigkeit, die Macht von Streiks auf Kosten vieler anderer Betroffener im Staat, die auf öffentliche Güter, wie den funktionierenden Verkehr oder die funktionierenden Kitas und Schulen, angewiesen sind.

Daher braucht es in Deutschland ganz konkret und aktuell unbedingt ein Streikgesetz statt des bisher ohne Gesetzesgrundlage geltenden Richterrechtes. Und angesichts einer zunehmenden latenten Demokratieverdrossenheit in Teilen der Bevölkerung ist eine Radikalisierung der Straßenproteste übrigens möglich.

Die Straße aber ist – nicht nur, aber auch im Hinblick auf die gescheiterte und am Ende radikalisierte Weimarer Republik – kein geeigneter Ort zur politischen, aggressiven oder gar gewaltbereiten Demonstration; man denke an die Blockade der Fähre von mitreisenden Ministern ...

Es gilt uneingeschränkt das Gewaltmonopol des Staates und das Entscheidungsmonopol des Parlamentes. Öffentliche Nötigungen zur Erzwingung von politischen Lösungen

und auch ungezügelter Streikaktionen von Spartengewerkschaften widersprechen letztlich dem Sinn und den Zielen der parlamentarischen Demokratie, nämlich der Förderung des Gemeinwohls, was übersetzt wird als: das gerechte Wohl jeder einzelnen Persönlichkeit im Staat.

Es gilt also, ein gutes Gedächtnis bis zum Wahltag zu haben und dann entsprechend zu wählen: Das ist das gute Recht der Wähler. Aber auf den Straßen muss gewaltloser Friede das Recht haben. Und der Staat als Gemeinschaft des Rechts und der Grundrechte hat die Pflicht, das Recht zu schützen und durchzusetzen! ■

DER AUTOR



Foto: Verena Neuhaus

Der katholische Sozialethiker und Moraltheologe Peter Schallenberg hat die Form der Agrar-Proteste in Deutschland kritisiert. Er äußerte Bedenken darüber, dass die Straßenblockaden und die Störung des öffentlichen Verkehrs zu weit gingen. Diese Ansicht vertrat Schallenberg gegenüber der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Seit 2008 ist Schallenberg Inhaber des Lehrstuhls für Moraltheologie und Ethik an der Theologischen Fakultät Paderborn. Er verfügt über Gastprofessuren am Pontificio Istituto „Giovanni Paolo II“ der Päpstlichen Lateranuniversität in Rom sowie an der Theologischen Hochschule Alba Iulia in Siebenbürgen. Im Jahr 2018 wurde Schallenberg von Papst Franziskus als Konsultor in das von Peter Kardinal Turkson geleitete Dikasterium für die ganzheitliche Entwicklung des Menschen im Vatikan berufen.